

Schulpolitik

Dogmen

Von Thomas Trittmann

Es ist ein Paukenschlag: 96 Grund- und Hauptschulleitern aus Baden-Württemberg fordern in einem offenen Brief nicht weniger als die Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem mit seiner frühen Selektion in Begabte und Minderbegabte. Die Schulleiter wagen einen mutigen Schritt, der einen Frontalangriff auf ihren Chef, Kultusminister Helmut Rau, darstellt. Rau wiederum repräsentiert die ewige Regierungspartei CDU, zu deren ehernen schulpolitischen Dogmen das Festhalten am selektiven dreigliedrigen Schulsystem gehört. An der überkommenen Ordnung lassen die Unionschrisen nicht rütteln, egal, wie fest sie die Augen vor der Realität verschließen müssen.

Die Schulleiter aus dem Oberschwäbischen haben in jeder Hinsicht Recht. Internationale Experten sind sich weitgehend einig, dass integrative Schulsysteme – wie etwa in Skandinavien – den selektiven überlegen sind. Die PISA-Studien belegen dies, wie sie auch das Versagen des deutschen Systems belegen, das weder die besten noch die schwächeren Schüler adäquat fördert und Migrantenkinder im Regen stehen lässt. Es erreicht schlichtweg weder in der Breite noch in der Spitze dasselbe Leistungsniveau derjenigen Schulsysteme, die auf eine längere gemeinsame Lernzeit setzen. Dass sich Baden-Württemberg und Bayern ihres guten PISA-Abschneidens im innerdeutschen Vergleich rühmen, ist schon angesichts der marginalen Unterschiede im Vergleich zu manchen Ländern mit einer weniger ideologischen Schulpolitik ein Witz. Und es ist mit Blick auf den internationalen Vergleich, um einen Begriff aus dem offenen Brief aufzugreifen, eine „Zweitligadiskussion“. Während diese geführt wird, produziert die Hauptschule vielerorts Schulabgänger, die kaum lesen und schreiben können.

Jetzt, wo die Basis aufmuckt und fordert, das Ruder herumzureißen, wäre eigentlich der rechte Zeitpunkt, dies auch zu tun. Schade nur, dass ziemlich sicher ist, was passieren wird: Rau und die Seinen werden, um die kritischen Stimmen zu übertönen, nur noch lauter das Hohe Lied der Hauptschule und des dreigliedrigen Schulsystems singen. Die Scheuklappen der konservativen Schulpolitik im Lande schränken den Blick einfach zu sehr ein, als dass sich daran etwas ändern könnte. Der Blick ist so eingeeignet, dass er noch nicht einmal bis Hamburg oder Schleswig-Holstein reicht, wo sich die CDU von ideologischem Ballast befreit hat und der Hauptschule ade sagt. Ob es die Nähe zu den skandinavischen Staaten und ihrer erfolgreichen Schulpolitik ist, die dazu führt, dass die CDU-Schulpolitiker im Norden der Republik klüger sind als im Südwesten?

Aktionsplan gegen Übergewicht

Nur Kosmetik

Von Doris Brändle

Übermäßiges Essen und Trinken tötet mehr Menschen als das Schwert.“ Trotz dieser frühen Erkenntnis William Oslers (1849–1919), des Vaters der modernen Medizin, sind heute viele Menschen dick. Die Zahl der an ernährungsbedingten Altersdiabetes erkrankten Deutschen hat sich in den vergangenen 40 Jahren verzehnfacht. Vor allem Kinder werden immer früher immer dicker – und krank. Der Fünf-Punkte-Plan der Regierung ist gut gemeint, aber es handelt sich um Kosmetik. Können die Eckpunkte helfen? Nicht, wenn die Regierung bei Aufklärungskampagnen stehen bleibt. Dass Unterrichtseinheiten über Kohlrabi Ernährungsverhalten ändern, kann keiner belegen. Noch nie zuvor wussten so viele Menschen so viel über gesunde Ernährung, aber noch nie waren so viele so dick. Woran liegt das? Essen und Trinken gehorchen dem Verstand nur wenig. Die längste Zeit in der Evolution war Nahrung knapp, körperliche Arbeit gab es im Überfluss. Es war angesagt, viel zu essen und sich möglichst wenig anzustrengen. In unseren Genen ist das festgeschrieben. Der Plan, das Angebot in Kantinen und Mensen durch Qualitätsstandards zu verbessern, ist gut. Doch die Verlockungen bleiben. Einschnitte in den Markt und Werbeverbote wären erforderlich. Die Beschränkung von Schnaps- und Zigarettenwerbung zeigt, wie schwer es ist, Verbote durchzusetzen. Dafür wären mehr als schöne Eckpunkte gefragt.

PRESSESCHAU

Kriminalitätsstatistik

General-Anzeiger (Bonn):

„Die alljährliche Kriminalitätsstatistik ist mit Vorsicht zu genießen, weil sie niemals ein exaktes Bild der Kriminalität bieten kann. Niemals werden alle Straftaten erfasst, weil die Polizei von vielen gar nichts weiß. Der leichte Rückgang der Gesamtkriminalität ist natürlich erfreulich, besagt aber auch nicht viel. Würde die Polizei andere als die im Vorjahr ausgewählten Prioritäten bei der Fahndung aussuchen, würde sich auch das Erscheinungsbild ändern. (...) Die Kriminalitätsstatistik gibt also in erster Linie die Erfolgsarbeit der Polizei und das Anzeigeverhalten der Bevölkerung wieder. Viel mehr aber nicht.“

Osthüringer Zeitung (Gera):

„Es wäre töricht zu leugnen, dass häufiger, gefährlicherer zuge schlagen wird, dass mehr denn je Schusswaffen gebraucht werden. Der Gewalt muss man auf den Grund gehen: In der Schule, in den Familien, nicht zuletzt beim Medienkonsum. Natürlich wirft es Fragen auf, wenn die Kriminalität rückläufig ist, der Innenminister aber den Scharfmacher gibt. Vielleicht ist die Erklärung banal. Für Alltagskriminalität ist Schäuble nicht zuständig. Das ist Sache der Länder. (...) Schäuble sollte darauf achten, mehr zu differenzieren. Für Entwarnung gibt die Statistik keinen Anlass, für Aktionismus erst recht nicht.“



Gesetzentwurf für stärkere Berücksichtigung von ehrenamtlichem Engagement im Steuerrecht

„Staat kann nicht mehr alles leisten“:
Koalition will beim Helfen helfen

VON STEPHANIE HÖLZLE

Baden-Baden – Es ist ein Vorhaben, dem eigentlich Beachtung gebührt. Doch die erfährt das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ derzeit kaum. Die Unternehmensteuerreform ist es, die dem Werk gewaltig die Schau stiehlt. Das ist schade – denn der Ansatz, der im Regierungsentwurf deutlich wird, ist unbestritten eine gute Sache. Dieser Entwurf wird heute erstmals im Bundestag beraten.

Die Regierungsparteien setzen mit dem Gesetz eine Vereinbarung aus den Koalitionsverhandlungen um. „Ziel ist, das bürgerschaftliche Engagement sowie die Bereitschaft dafür zu stärken“, erklärt Oliver Heyder-Rentsch, Sprecher für Steuerpolitik im Bundesfinanzministerium. Das will die Bundesregierung dadurch erreichen, dass ehrenamtliche Tätigkeiten im Steuerrecht finanziell stärker gewürdigt werden.

IM BLICK

Das Ehrenamt soll „unmittelbar durch die Einführung einer Steuerermäßigung (Abzug von der Steuerschuld) für bestimmte freiwillige unentgeltliche ehrenamtliche Tätigkeiten im mildtätigen Bereich“ sowie durch die Anhebung des so genannten Übungsleiterfreibetrags gefördert werden, heißt es im Regierungsentwurf für das Gesetz. 25 Bereiche für förderungsfähiges Engagement werden aufgelistet: von Tätigkeiten in Wissenschaft, Forschung und Religion, über Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe bis hin zu Natur- und Tierschutz sowie kulturellem und politischem Engagement.

„Die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements nimmt immer mehr zu. Wir leben in einer Zeit, die von wachsendem Wettbewerbsdruck und von ökonomischen Zwängen gekennzeichnet sind“, heißt es im Entwurf. „Der Staat kann nicht jede Hilfe geben, aber er kann das Helfen begünstigen und damit mehr Hilfen ermöglichen.“

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Hermann Kues (CDU), betont: „Der Staat kann heute nicht mehr alles leisten.“ Der Dienst an der Allgemeinheit entwickle sich immer stärker zum unverzichtbaren „sozialen Kitt“. Er betont: „Jeder soll das, was er an Talenten hat,



Das ist das Engagement, das die Gesellschaft braucht: Eine Frau verteilt unentgeltlich in der Mainzer Tafel Lebensmittel ...



... und eine ehrenamtliche Nachhilfelehrerin unterstützt in Hamburg zwei Schüler bei den Hausaufgaben. Fotos: dpa/ddp

zum Wohl der Gesellschaft einbringen.“

Das machen in Deutschland bereits viele: Mehr als 23 Millio-

nen Bundesbürger engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und Initiativen – mit steigender Tendenz. Diesen

ZUM THEMA: EHRENAMT IM EU-VERGLEICH

Deutsche sehr engagiert

Baden-Baden (hös/epd) – Eine Umfrage im Auftrag der EU-Kommission hat jüngst ermittelt, dass sich 52 Prozent der Deutschen freiwillig engagieren. Im internationalen Vergleich steht Deutschland damit laut der Studie gut da: Die Bundesbürger liegen mit dieser Quote im EU-Vergleich auf Platz vier hinter den Österreichern (60 Prozent), den Niederländern (55 Prozent) und den Schweden (53 Prozent). Schlusslichter der Umfrage sind demnach Bulgarien (zehn Prozent), Litauen (elf) und Portugal (zwölf). Die Studie belegt zudem, dass mit

steigendem Bildungsabschluss die Bereitschaft wächst, sich ehrenamtlich zu engagieren. Interessant ist auch, dass die Studie ausweist, dass der Grad des Engagements nicht davon abhängt, ob man beruflich einer Beschäftigung nachgeht, die ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Arbeit, Familie und Privatleben ermöglicht oder ob der Beruf als anstrengend empfunden wird. Für die Studie wurden im Dezember knapp 27 000 EU-Bürger in den 25 Mitgliedstaaten und den damaligen Beitrittsländern Bulgarien und Rumänien befragt.

Erzieher in Kindereinrichtungen Mangelware / Klassische Rollenbilder dominieren Ausbildung und Job

Geringe Anerkennung schmälert Berufsstolz

VON SABINE DAMASCHKE

Berlin – Bauingenieur, Lehrer, Arzt – als Student hatte Sigmund viele Ideen, wie seine berufliche Zukunft aussehen könnte. Doch kein Studiengang sagte ihm zu. Nach dem Zivildienst entschied er sich für die Arbeit in einer Kindertagesstätte und arbeitet seit acht Jahren in einem Berliner Waldorf-Kindergarten. Aber er beklagt die fehlende berufliche Anerkennung.

Sigmund hat das Gefühl, sich ständig rechtfertigen zu müssen, dass er „nur“ Erzieher geworden sei. Jetzt qualifiziert er sich zum „Heilpädagogogen“. Ein Ausstieg aus dem Erzieherberuf sei typisch für Männer, so der Berliner Politologe Jens Krabel in seiner Studie „Männer in ‚Frauen-Berufen‘ der Pflege und Erziehung“. Nur vier Prozent der Beschäftigten in den deutschen

Frauen. Mehr als ein Viertel der Männer hat die Ausbildung nicht im sozialen oder pädagogischen Bereich absolviert. Vor ihrer Umschulung zum Erzieher arbeiteten viele in typisch männlichen Berufen, erklärt Krabel. Von der Arbeit mit Kindern erhofften sie sich, aus Rollenstereotypen herauszufinden.

Genau das gelingt aber meist nicht, erzählt Sigmund. „Wenn mal ein Nagel in die Wand geschlagen werden soll, heißt es: ‚Mach das mal!‘“, berichtet er. „Ich sage dann: ‚Das kannst du doch auch mal machen!‘, denn ich wasche ja auch ab.“ Ihn störte, dass Eltern und Erzieherinnen von den Männern verlangen, dass sie alles reparieren können, mit den Kindern wackeln, toben und sich besonders um die schwierigen Jungs kümmern. Mit diesen Erwartungen an ein bestimmtes Männlichkeitsideal müssten viele Erzieher im Berufsalltag leben, er-

Trend will die Bundesregierung verstärken. Dem soll besonders die Anhebung des Übungsleiterfreibetrags von 1848 Euro auf 2100 Euro pro Jahr dienen.

Zudem sieht das Gesetz eine Vereinfachung des Spendenrechts vor. Es ist geplant, die Höchstgrenzen für den Spendenabzug von fünf beziehungsweise zehn Prozent des Gesamtbetrags der Einkünfte auf einheitlich zwanzig Prozent anzuheben. Weiter soll der zeitlich begrenzte Vor- und Rücktrag von Großspenden künftig unbegrenzt sein. Die gemeinnützigen Körperschaften und ehrenamtlichen Mitarbeiter will die Regierung unter anderem durch die Anhebung der Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Betätigungen entlasten.

Vereine: Schritt in richtige Richtung

„Grundsätzlich sehen wir das sehr positiv“, beurteilt Kay Krüger, Vorstandsmitglied im Bundesverband deutscher Vereine und Verbände e.V. Das Vorhaben der Großkoalitionäre: „Es ist der richtige Schritt in die richtige Richtung.“ So sieht es grundsätzlich auch der Bund der Steuerzahler, dessen Meinungsbildungsprozess laut einem Sprecher im Detail jedoch noch nicht abgeschlossen sei.

Dennoch: So ganz zufrieden ist Krüger nicht. Ihm schwant, dass das Gesetz zu mehr Formalismus führen könnte und: „Alles, was mehr Formalismus bedeutet, schreckt ab.“ Das betraf in diesem Fall die Ehrenamtlichen, was für viele Vereine fatal und das Gegenteil dessen wäre, was Schwarz-Rot will. Was der Jurist fürchtet ist, dass über kurz oder lang detailliert festgelegt wird, was wann als ehrenamtliche Tätigkeit anerkannt werden darf. Das könnte für die gemeinnützigen Organisationen viel Bürokratie mit sich bringen – und Verunsicherung für die Ehrenamtlichen, meint Krüger.

Er appelliert darum an die Politik, den Vereinen einen Vertrauensvorsprung zuzugestehen. Diese wüssten am besten, wann jemand das Prädikat „Ehrenamtler“ verdiene. „Das klappt ja auch bereits jetzt“, verweist er auf die aktuelle Praxis. Die Vereine könnten dann weiterhin schlechte Bescheinigungen fürs Finanzamt ausstellen, die steuerrechtlich anerkannt werden. „Und für die schwarzen Schafe, gibt es ja immer noch das Finanzamt als Kontrollinstanz“, meint Krüger.

klärt Krabel. „Dabei betonen sie, dass sie sich gerade nicht als typischen Mann sehen.“

Der 35-jährige Ludwig kritisiert: „Erzieher, das hat immer so die Wertigkeit: ‚Ach, du spielst ja nur mit Kindern.‘ Da fehlt so etwas wie Berufsstolz.“ Deutlich zufriedener mit ihrer Arbeit in einem Frauenberuf sind Pfleger. „Die meisten Leute finden es klasse, dass ich das mache“, erzählt Ralph (40) aus Berlin. „Auch meine fachliche Kompetenz wird gesehen.“ Die Spezialisierung und die Anerkennung seien wesentliche Punkte, weshalb in der Pflege mit rund 15 Prozent deutlich mehr männliche Beschäftigte zu finden seien als in Kitas. „Wir brauchen eine grundlegend andere Sicht auf die Bedeutung pädagogischer Arbeit mit Kindern“, fordert Krabel. Das müsse sich in der Ausbildung, aber auch der Entlohnung widerspiegeln.